

Ressort: Politik

Unionsführung will Soli ab 2020 schrittweise senken

Berlin, 04.03.2015, 00:00 Uhr

GDN - Die Unionsführung will den Solidaritätszuschlag vom Jahr 2020 an schrittweise senken. Darauf verständigten sich laut eines Berichts der "Süddeutschen Zeitung" (Mittwochsausgabe) die Parteichefs Angela Merkel (CDU) und Horst Seehofer (CSU) mit Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU).

Sie legten damit einen seit Monaten schwelenden Streit bei. Der "Soli" ist ein Zuschlag von 5,5 Prozent auf die Einkommen-, Kapitalertrag- und Körperschaftsteuerschuld, der erstmals 1991 erhoben wurde. Die damalige Bundesregierung begründete die Einführung unter anderem mit den hohen Kosten des Golfkriegs und der deutschen Einheit. Schäuble hatte in den vergangenen Monaten intern argumentiert, dass der Zuschlag mit dem offiziellen Ende der Ostförderung im Jahr 2019 verfassungsrechtlich angreifbar werde, da der Staat eine Ergänzungsabgabe nicht endlos erheben dürfe. Er plädierte deshalb dafür, den Soli abzuschaffen und im Gegenzug die Einkommensteuersätze aufkommensneutral zu erhöhen. Anders als bisher hätte der Bund die jährlichen Einnahmen von zuletzt 15 Milliarden Euro dann allerdings mit den Ländern und Gemeinden teilen müssen. Merkel und Seehofer lehnten diese Idee jedoch ab, weil die Union vor der Wahl versprochen hatte, auf jedwede Steuererhöhung zu verzichten - selbst wenn diese an anderer Stelle kompensiert wird. Außerdem musste die Union feststellen, dass eine für jeden einzelnen Steuerzahler neutrale Überführung des Soli in die Einkommensteuer nur schwer zu erreichen ist. Die CSU treibt zudem die Sorge um, dass eine Erhöhung der Einkommensteuer die ohnehin gravierenden Unterschiede in der Finanzkraft der 16 Bundesländer noch verstärken würde. Ärmere Länder würden davon weniger profitieren als reichere. Damit liefe Bayern Gefahr, noch mehr als bisher in den Länderfinanzausgleich einzahlen zu müssen. Allerdings teilt die Unionsführung Schäubles Sorge, dass das Verfassungsgericht den Solidaritätszuschlag kippen könnte. Um die Richter zu beschwichtigen, soll der Zuschlag deshalb über einen längeren Zeitraum abgeschmolzen werden, zum Beispiel bis 2030, schreibt die SZ. Ihre Überlegungen teilten Merkel und Schäuble beim Koalitionsausschuss in der vergangenen Woche auch der SPD-Führung mit. Diese hielt sich zunächst mit einer Stellungnahme zurück. Der Verzicht auf eine Soli-Integration in die Einkommensteuer bringt für die Koalition allerdings neue Probleme mit sich. So hatten sich Länder und Gemeinden im Rahmen der Verhandlungen über eine Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen bereits darauf eingestellt, dass sie vom kommenden Jahrzehnt an an den bisherigen Einnahmen aus dem Zuschlag beteiligt werden. Nach heutiger Prognose hätten sie allein für das Jahr 2020 mit einer Summe von zehn Milliarden Euro rechnen können. Nun muss Schäuble nach einem neuen Weg suchen, wie er die Länder besserstellen kann. Außerdem stellt sich die Frage, wie der Bund bei einem Auslaufen des Soli jene Ausgaben bezahlen soll, die er sich selbst zusätzlich aufgeladen hat. Dazu zählen unter anderem Ausgaben für Investitionen, Familien, die Bundeswehr und die Entwicklungshilfe.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-50755/unionsfuehrung-will-soli-ab-2020-schrittweise-senken.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619